



Neue Szenarien über die weitere Entwicklung Russlands

Prof. Dr. Eberhard Schneider

August 2012

Zusammenfassung

Im Mai wurde die Studie „Gesellschaft und Macht unter den Bedingungen der politischen Krise“ bekannt, die Putins Think Tank, das „Zentrum für strategische Ausarbeitungen“, in Zusammenarbeit mit der „Russischen Akademie für Volkswirtschaft und Staatsdienst beim Präsidenten der Russischen Föderation“ für das von Alexej Kudrin im April gegründete „Komitee für bürgerliche Initiativen“ verfasst hat. Von den in der Studie vorgestellten Szenarien über die weitere Entwicklung Russlands haben die beiden gegensätzlichen Szenarien der politischen Reaktion und der radikalen Transformation eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit. Das Szenario der politischen Reaktion wird vom gewaltsamen Gegenüberstehen der Protestierenden und der Staatsmacht ausgelöst werden und den Reformprozess abbremsen. Die radikale Transformation könnte durch die zweite Welle der Wirtschaftskrise ausgelöst werden, die Russland erreicht. Wenn in Russland nicht eine umfassende Modernisierung durchgeführt wird, die auch eine politische Komponente hat, wird das Land mittelfristig auf das Niveau einer Mittelmacht absinken, denn auf Dauer kann die Wirtschaftsdemokratie der Marktwirtschaft nicht von der politischen Demokratie abgetrennt werden.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



ANALYSE

Mitte August veröffentlichte der Verfasser dieser Zeilen im Berliner Verlag epubli das Buch „Vom Reformer Medwedew zum Zaren Putin. Hauptlinien der russischen Innenpolitik 2008 – 2018“ sowohl als eBook (ISBN 978-8442-2915-8) als auch als Printausgabe (ISBN 978-3-8442-3046-8). Eingangs geht der Autor in diesem Buch auf die Kompetenzen des russischen Präsidenten ein. Das russische Präsidialsystem ist keine Kopie des französischen, orientiert sich aber eher an diesem als am amerikanischen. Der französische Staatsrechtler Gelard quantifizierte die Anteile der beiden westlichen Vorbilder einmal so: Das russische Präsidialsystem beruht zu 50 % auf der französischen konstitutionellen Inspiration sowie zu 30 % auf der amerikanischen und fußt zu 20 % auf dem imperialen russischen Erbe.

Der Autor wendet sich dann verschiedenen Fragen zu: Warum kandidierte 2008 Wladimir Putin nicht zum dritten Mal als Präsident? Er hätte die Verfassung, die eine dritte Amtszeit des Präsidenten hintereinander verbietet, ohne weiteres ändern lassen können, denn die Machtpartei „Einiges Russland“ hatte sowohl in den beiden Parlamentskammern als auch in den regionalen Parlamenten die dafür erforderlichen Mehrheiten.

Warum erlaubte Putin nicht, dass Dmitrij Medwedew 2012 ein zweites Mal als Präsident kandidierte? In welchem Zustand sah Medwedew Russland? Welche Reformen führte er durch? Wer sind seine Unterstützter und die Putins? Was treibt die Protestbewegung in Russland an? Wer sind die Protestierenden? Was wollen sie? Wie reagiert der Kreml? Wer sind die Spitzen von Putins Finanz- und Business-Elite? Wie sieht die neue Regierung Medwedew aus? Welche innenpolitischen Schritte hat Putin als neuer Präsident unternommen? Wie geht es mit Russland weiter?

Entwicklungsszenarien

Ende Mai wurde die hundert Seiten umfassende Studie „Gesellschaft und Macht unter den Bedingungen der politischen Krise“ bekannt, die das „Zentrum für strategische Ausarbeitungen“ in Zusammenarbeit mit der „Russischen Akademie für Volkswirtschaft und Staatsdienst beim Präsidenten der Russischen Föderation“ für das „Komitee für bürgerliche Initiativen“ verfasst hat.¹ Das „Zentrum für strategische Ausarbeitungen“ war 1999 als Denkfabrik für Wladimir Putin mit Blick auf seine Wahl zum Präsidenten gegründet worden. Von 2003 bis 2005 war die bisherige Wirtschaftsministerin Elwira Nabiullina Präsidentin des Zentrums, seither ist es Michail Dmitrijew, der von 1997 bis 1998 Erster Stellvertretender Arbeits- und Sozialminister war. Präsident des Kuratoriums des Zentrums ist der Stellvertretende Premier Dmitrij Kosak.

Das „Komitee für bürgerliche Initiativen“ war am 5. April 2012 vom ehemaligen Stellvertretenden Premier und Finanzminister Alexej Kudrin geschaffen worden.² Kudrin war nach Bekanntgabe der erneuten Präsidentschaftskandidatur Putins Ende September 2011 zurückgetreten, weil er nicht der neuen Regierung Medwedew angehören wollte. In der Gründungserklärung des Komitees wird festgestellt, dass Russland alle Möglichkeiten habe, die Rolle eines der globalen Leader zu spielen, aber dabei „stören die Altertümlichkeit der politischen Institute und die Trägheit des Staatsapparats“. Auf seiner Pressekonferenz erklärte Kudrin am 26. Juni 2012, dass das Ziel der Komitees die Konsolidierung der Zivilgesellschaft sei. Es sei nicht vorgesehen, das Komitee in eine Partei zu verwandeln, aber er schloss nicht aus, dass sich das Komitee mit anderen politischen

¹ www.csr.ru/2009-04-23-10-40-41/365-2012-05-23-10-54-10

² <http://akudrin.ru/news/?date=5.4.2012>



Kräften verbündet. In den Regionen habe das Komitee schon bei der Vorbereitung einer Reihe von Gesetzesprojekten mitgewirkt. Dem Komitee gehört u.a. Igor Jurgens an, Vorstandsvorsitzender des „Instituts für moderne Entwicklung“, dessen Kuratorium Premier Dmitrij Medwedew leitet.

Die Studie „Gesellschaft und Macht unter den Bedingungen der politischen Krise“ untersuchte in den Monaten März bis Mai 2012:

- das Verhältnis der Menschen zur Macht,
- das Verhältnis der Menschen zu den Parteien, Gewerkschaften und der Russisch-Orthodoxen Kirche sowie
- das Verhältnis der Menschen zu den politischen Führungsfiguren und
- analysiert den Einfluss der Massenproteste auf die Entwicklung der politischen Krise.

Die Autoren dieser Studie wandten nicht nur soziologische, sondern auch psychologische Methoden an. Der Hauptautor der Studie, Michail Dmitrijew, arbeitete bewusst nicht mit repräsentativen Umfragen, sondern er führte ausführliche Gespräche mit 52 föderalen und regionalen Fokusgruppen, was er so begründete: „Am Wendepunkt von Tendenzen bekommen Menschen neue Meinungen, die sich in einem rigiden Umfragesystem nicht widerspiegeln.“³

Die Studie stellt eine dauerhafte Unzufriedenheit der Bevölkerung fest, eine Erosion der politischen Unterstützung der Macht sowohl im Zentrum als auch in den Regionen sowie die zunehmende Nachfrage nach Veränderungen in verschiedenen Bereichen und nach Erneuerung der personellen Zusammensetzung der Führungen im Zentrum und in den Regionen. In den Großstädten hat die Staatsmacht die Mittelklasse praktisch verloren. Putin und Medwedew werden als nicht ausreichend moderne Führer wahrgenommen.

Die Gesellschaft hat einen massenhaften pragmatischen und de-ideologisierten Bedarf an Veränderung, besonders in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung, kommunale Wohnungswirtschaft, persönliche Sicherheit und effektive Rechtsprechung. Die Menschen, die sich genötigt sahen, Putin und „Einiges Russland“ zu wählen, handelten aus einer kognitiven Dissonanz heraus, die entsteht, wenn der Mensch unterschiedliche Meinungen hat, die er nicht miteinander vereinbaren kann. Dieses Wählerverhalten hing auch damit zusammen – so die Studie –, dass es keine attraktive Alternative bei der Staatsduma- und der Präsidentenwahl gab.

Die Studie stellt die verbreiteten negativen Beziehungen zu „Einiges Russland“ fest, die abnehmende Bereitschaft, deren politische Rhetorik aufzunehmen, und die wachsende Forderung nach politischen Alternativen. Das Vertrauen zu den wichtigsten oppositionellen Parteien und ihren Führern befindet sich ebenfalls auf einem niedrigen Niveau.

Das mangelnde Vertrauen in die politischen Parteien und deren Führer legt die Gründung einer neuen Massenpartei nahe. Eine Initiative dazu wird allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn sie von unten kommt. Mit dem Aufbau von Vertrauen, das dann später auf die gesamtrossischen Politiker und Organisationen übergeht, muss in den Kommunen und den Regionen begonnen werden.

³ www.welt.de/106156277

Tabelle: Szenarien

Szenario	Auslösemechanismus	Folgen	Realisierungschancen
Politische Reaktion	Gewaltsames Gegenüberstehen der Protestierenden und der Staatsmacht	Abbremsen der Reformen infolge der Stärkung der Modernisierungsgegner auf Seiten der Staatsmacht und der Protestierenden	Hoch (Eskalation der politischen Gewalt hat schon begonnen)
Beschleunigung der Modernisierung	Fortsetzung der friedlichen Proteste und Formierung einer Koalition von Modernisierungsanhängern in der Staatsmacht und bei den Protestierenden	Stärkung der Modernisierungsanhänger und Beschleunigung des Modernisierungsprozesses	Niedrig (große Risiken der Eskalation der Gewalt und begrenztes Potential für einen Dialog zwischen der Staatsmacht und den Protestierenden)
Radikale Transformation	Zweite Welle der Wirtschaftskrise	Zunahme der Massenproteste außerhalb Moskaus und Kontrollverlust der Staatsmacht	Hoch (Weltwirtschaft und russische Wirtschaft stehen an der Schwelle einer zweiten Wirtschaftskrise)
Trägheitsentwicklung	Erlöschen der Proteste in Moskau	Mittelfristige Erosion der Unterstützung der Staatsmacht und Entwicklung der Krise	Mittelmäßig (starke Bereitschaft der Protestierenden zur Fortsetzung der Proteste kann sich bald abschwächen)

Neue Führungsfiguren werden sich in nächster Zukunft herausbilden. Sie können aus der zweiten Reihe der föderalen Politiker kommen oder aus der Gruppe von neuen Politikern der regionalen bzw. kommunalen Ebene. Auf dieser Ebene bildet sich schneller Vertrauen zwischen der Bevölkerung und Politikern heraus.

Abschließend entwickelt die Studie vier Szenarien, von denen keines das spontane Erlöschen der politischen Krise und die Bewahrung des politischen Status quo beinhaltet. Es sind dies die Szenarien:

- der politischen Reaktion,
- der Beschleunigung der Modernisierung,
- der radikalen Transformation und
- der Trägheitsentwicklung

Eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit haben die beiden extremen Szenarien und zwar extrem in beide Richtungen: das erste der politische Reaktion und das dritte der radikalen Transformation. Die Entwicklung nach dem ersten Szenario kann ausgelöst werden durch das gewaltsame Gegenüberstehen der Staatsmacht und der



Protestierenden. Das dritte Szenario dürfte infolge einer Russland erreichenden neuen Wirtschaftskrise eintreten. Den Ausbruch einer neuen Wirtschaftskrise hat Russland nicht in der Hand. Ob sich beide Seiten, Staatsmacht und Protestierende, gewaltsam gegenüberstehen, schon. Die zweite Welle der Wirtschaftskrise könnte in Russland zu einer radikalen Transformation führen, doch nicht als Ergebnis innerer Veränderungen, sondern als Resultat äußeren Einwirkens. Die Gewaltanwendung der Staatsorgane und/oder radikalisierter Protestierender würde die Reformen abbremesen.

Mit mittlerer Wahrscheinlichkeit tritt das Szenario der Trägheitsentwicklung ein, wenn die Proteste nachlassen. Die Unterstützung der Staatsmacht durch die Bevölkerung erodiert, und die Krise entwickelt sich weiter.

Am wenigsten wahrscheinlich ist das Eintreten des Szenarios der beschleunigten Modernisierung. Es wäre nur möglich, wenn die Modernisierer sowohl in den Staatsorganen als auch unter den Protestierenden eine De-facto-Koalition bilden würden. Doch so viel politische Einsicht ist kaum zu erwarten.

Abstieg Russlands zur Mittelmacht?

Für Putin ist – laut dessen Aussage in seinem Bericht zur Lage der Nation an die Föderalversammlung am 25. April 2005 – die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts der Zerfall der Sowjetunion. Medwedew widersprach dieser Einschätzung in seinem Interview mit der „Financial Times“ am 18. Juni 2011: Die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts ist der Zweite Weltkrieg.⁴

Das Ende der Sowjetunion war die unbeabsichtigte Folge der Reformpolitik von Michail Gorbatschow, weil sie nicht mehr reformierbar war. Putin lehnt einen umfassenden politischen Reformprozess ab in der Sorge, er könnte sich verselbständigen und zu unerwarteten Ergebnissen führen, im schlimmsten Fall – ähnlich wie unter Gorbatschow – zum Zerfall, diesmal Russlands. Für Putin ist es offensichtlich notwendig, alles kontrollieren zu müssen.

Die Reformen, die Medwedew mit seinem Amtsantritt als Präsident im Mai 2008 vorsichtig begann und die größtenteils die Rücknahme von Einschnitten in das demokratische System bedeuten, die Putin als Präsident vorgenommen hatte, sind für Putin nur schwer zu akzeptieren. Für ihn gibt es nur eine „gelenkte Demokratie“, die der inoffizielle ehemalige Chefideologe von „Einiges Russland“, Wladislaw Surkow, einmal 2006 definiert hatte und der Medwedew damals öffentlich widersprach, denn es könne nur eine Demokratie ohne Adjektive geben.⁵

Nach dem Zerfall der UdSSR und der damit verbundenen Auflösung ihrer kommunistischen Partei, die den Staat und die Wirtschaft steuerte, blieb nur der Staat übrig, der zu Sowjetzeiten schwach ausgeprägt und unfähig war, selbständig zu agieren. Nach dem sich daraus ergebenden Chaos der Jelzin-Jahre, das damals viele für eine normale Begleiterscheinung der Demokratie hielten, ergab sich die Notwendigkeit, einen starken Staat zu schaffen. Die damit begangenen waren mangels Erfahrung der Meinung, dass sich starker Staat und Demokratie gegenseitig ausschließen. Doch das Gegenteil ist der Fall: Der ungestörte Ablauf demokratischer Prozesse, das Funktionieren freier Massenmedien und die Entfaltung zivilgesellschaftlicher Initiativen gefährden nicht die Stabilität eines Staates, sondern verleihen ihm innere Stärke und sind gut für seine Menschen. Dies wirklich zu

⁴ <http://www.kremlin.ru/transcripts/11630>

⁵ Ekspert, 24.7.2006.

verstehen, fällt manchen schwer, die im Sowjetsystem sozialisiert worden sind und sich davon nicht frei machen können.

Auf Dauer kann sich keine Gesellschaft in ihren Teilbereichen getrennt entwickeln. Die *Wirtschaftsdemokratie* der Marktwirtschaft verlangt die *politische* Demokratie, denn beide bedingen einander. Erst eine relativ entwickelte Marktwirtschaft macht Demokratie als Verfahren zur innerstaatlichen Interessenausdrückung leistungsfähig. Auf der anderen Seite ist Demokratie die Voraussetzung für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Man kann versuchen, diese Zusammenhänge für einige Zeit zu ignorieren. Aber ab einer gewissen Größenordnung des Abstandes zwischen der Wirtschafts- und der Demokratieordnung muss sich entweder das politische dem wirtschaftlichen System anpassen oder die wirtschaftliche Entwicklung wird abgebremst. Letzteres kann sich Russland jedoch nicht leisten, wenn es verhindern will, dass es mittelfristig auf das Niveau einer Mittelmacht absinkt.

Russland wird die europäischen Werte, zu denen es sich in gemeinsamen Dokumenten bekannt hat, nicht deshalb respektieren, um der Europäischen Union und dem Europa-Rat, dessen Mitglied es ist, einen Gefallen zu tun, sondern erst dann, wenn seine Führung einsieht, dass dies gut ist für das Land und seine Menschen.

Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider, Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen.



Prof. Dr. Eberhard Schneider